

Es herrscht Feierstimmung in Düsseldorf. Am vergangenen Donnerstag stellte die Rheinmetall-Gruppe ihre Jahresbilanz vor. Die Waffenschmiede verzeichnet in allen Kernbereichen im Jahr 2017 einen Zuwachs: Der Konzernumsatz stieg um fünf Prozent auf 5,9 Milliarden Euro, das Ergebnis nach Steuern wuchs um 37 Millionen auf 252 Millionen Euro. Die Dividende soll um 17 Prozent auf 1,70 Euro pro Aktie angehoben werden.

Beide Sparten des Unternehmens, Rheinmetall Automotive und Rheinmetall Defence, schließen 2017 mit einem Plus ab, besondere Entwicklungschancen sieht Vorstandsvorsitzender Armin Papperger aber beim Verschärfen von Waffen: »2018 werden wir den Auftragszugang auf ein ganz anderes Niveau heben können«, sagte er der Nachrichtenagentur dpa. Das von der NATO 2014 formulierte Ziel, die Rüstungsausgaben der Mitgliedsstaaten auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts anzuheben, kommt Rheinmetall entgegen: »Wir dürfen uns nicht nur auf Amerika verlassen oder warten, bis asiatische Kräfte hochwachsen – Europa muss eine Unabhängigkeit haben und auch Stärke zeigen«, so der Manager. »Das hilft uns auch in der Industrie, weil eine starke Armee natürlich auch eine starke Ausrüstung braucht.«

Profitabel ist in diesem Kontext für die deutschen Rüstungsfirmen die Stimmung, die in den vergangenen Jahren in allen NATO-Ländern gezielt geschürt wurde. »Die Bundesregierung beteiligt sich gemeinsam mit Großbritannien, Frankreich, den USA und der NATO insgesamt an der Stimmungsmache gegen Russland«, kommentiert die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Heike Hänsel am Wochenende gegenüber *junge Welt*. »Diese antirussische Haltung trägt zu einer neuen, gefährlichen Rüstungsspirale bei, das haben auch noch einmal die Verlautbarungen von Generalsekretär Jens Stoltenberg bei der Präsentation des NATO-Jahresberichtes deutlich gemacht.«

Vor allem die »Ostflanke« des Bündnisses – Estland, Lettland, Litauen und Polen – steht im Zentrum der Mobilisierung gegen Moskau. Multinationale Bataillone, eine »schnelle Eingreiftruppe« und militärische Manöver sind Teil dieser Strategie. Gleichzeitig sollen aber auch die Länder des Baltikums und Polen selbst stärker aufgerüstet werden.



DAN FELEDAR/DPA

Neuer Milliardendeal: Vergangenen Mittwoch verkündete Australiens Regierungschef Malcolm Turnbull, seine Regierung werde in einer neuen Fabrik im Land 211 Rheinmetall-Radpanzer vom Typ »Boxer CRV« bauen lassen

Hurra, es knallt!

Deutsche Waffenschmiede Rheinmetall bilanziert das Jahr 2017. Das Geschäft läuft bombig – auch dank der Bundesregierung.

Von Peter Schaber

Die Wiederbelebung des Feindbildes aus dem Kalten Krieg ist lukrativ. Die Frontstaaten geben Unsummen für Kriegsgüter aus. So schloss etwa Washington im November 2017 mit Warschau einen 10,5-Milliarden-Dollar-Deal über die Lieferung von »Patriot«-Raketenabwehrsystemen. Auch für deutsche Unternehmen fällt etwas ab: Rheinmetall-Chef Papperger verwies auf Großaufträge aus Polen und Litauen. Die Regierung in Warschau will 128 »Leopard«-Panzer für 220 Millionen Euro modernisieren lassen, Vilnius legt sich für 390 Millionen 88 Rad-schützenpanzer zu.

Rheinmetall will aber auch an anderen Krisenherden verdienen – etwa im Jemen oder in der Türkei. Eigentlich sollten hier die angeblich so restriktiven Regeln für Rüstungsausfuhr greifen, doch was der Konzern von ihnen hält, deckte im Januar eine Recher-

che der Journalisten Philipp Krüll und Karl Hoffmann für die *ARD* auf. In »Bomben für die Welt« zeigen sie unter anderem strategische Zielsetzungen Rheinmetalls. Darunter: »Unabhängigkeit von deutschen Exportregeln« und »Profitabilität« sichern. Die Recherche dokumentiert auch, wie der Konzern dieses Vorhaben umsetzt: Über eine Tochterfirma auf Sardinien sowie ein Joint-Venture mit dem südafrikanischen Staatsbetrieb Denel werden Beschränkungen umgangen, so dass deutsche Bomben im Jemen in einem der blutigsten Konflikte unserer Zeit zum Einsatz kommen können.

Wie ist das möglich? »Der Gesamtwert der Rüstungsexporte zwischen 2014 und 2017 lag mit 24,9 Milliarden Euro gut ein Fünftel höher als unter der »schwarz-gelben« Koalition zuvor«, erinnert Heike Hänsel. »Die Waffenverkäufe an Staaten außerhalb von EU

und NATO nahmen sogar um knapp die Hälfte zu und stiegen auf knapp 14,5 Milliarden Euro. Grund für diesen Trend sind die verweigerte Kontrolle durch die Bundesregierung und die Weigerung, gegen Tricks der Waffenschmieden wie die Auslagerung von Produktionsstätten ins Ausland vorzugehen.«

Dass sich das unter der neuen Bundesregierung ändert, ist unwahrscheinlich. Rheinmetall pflegt gute Kontakte in die Politik. Wie gut man seine Partner im Parlament in Düsseldorf kennt, war Anfang des Jahres zu beobachten: Noch als Berlin beteuerte, man werde wegen des Einmarsches Ankaras im nordsyrischen Afrin vorerst keine Geschäfte mit der türkischen Regierung genehmigen, trieb Rheinmetall den Deal mit seinem türkischen Partner BMC voran. Und tatsächlich winkte Berlin das Millionen-geschäft durch.

Hintergrund: Milliardendeal mit Australien

Bei Rheinmetall klingelt die Kasse. Der Rüstungskonzern hat zuletzt einen Großauftrag Australiens an Land gezogen. Die Regierung in Canberra habe empfohlen, »exklusive Endverhandlungen« mit Rheinmetall über die Lieferung von mehr als 200 Radspähpanzern vom Typ »Boxer CRV« zu beginnen, teilte das Unternehmen am vergangenen Mittwoch in Düsseldorf mit. Der Auftragswert liegt demnach bei rund zwei Milliarden Euro (siehe Meldung in *jW* vom 15.3.). Die Panzer würden die Sicherheit australischer Soldaten »im Einsatz und bei Manövern rund um die Welt« verbessern, erklärte Regierungschef Malcolm Turnbull. »Sie werden Mobilität und Feuerkraft auf dem Schlachtfeld für die kommenden Jahrzehnte steigern.« Die Anschaffung ist Teil eines insgesamt 200 Milliarden Australische Dollar (128 Milliarden Euro) schweren Programms, mit dem das Kabinett in Canberra die Streitkräfte des Landes binnen eines Jahrzehnts modernisieren will.

Die Auslieferung der Radspähpanzer soll nach Angaben von Rheinmetall ab dem kommenden Jahr beginnen und bis 2026 andauern. Insgesamt soll das Geschäft 211 Radspähpanzer umfassen. Beim »Boxer CRV«, der gegen Bombenexplosionen und schweren Beschuss durch Maschinengewehrfeuer geschützt ist, handelt es sich laut Rheinmetall um die neueste Variante, die mit einem Turmsystem, einer Maschinenkanone und Aufklärungssystemen des US-Rüstungskonzerns Northrop Grumman ausgestattet ist.

(AFP/JW)

»Faktisch muss man Schlupflöcher schaffen«

Nur ein Lippenbekenntnis: Regierungsankündigung, Rüstungsexporte einzuschränken. Gespräch mit Jürgen Wagner

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung heißt es, dass Rüstungswettläufe die Welt viel unsicherer machen. Trotzdem wird der deutliche Wille zur Aufrüstung ausgedrückt. Was sagen Sie zu diesem Widerspruch?



Jürgen Wagner ist Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI)

Es ist üblich, dass man in solchen Papieren blumige Formulierungen wählt, hinter denen sich bei genauem Hinsehen aber harte Rüstungspolitik verbirgt. Zum Ziel der NATO, die nationalen Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, hat man sich im Koalitionsvertrag indirekt verpflichtet. Und da wird jetzt so getan, als ob das eine bindende Abmachung sei. Dabei ist es eine nicht bindende Absichtserklärung. So wird einmal mehr eine politische Ent-

scheidung als Sachzwang dargestellt. Das ist im übrigen auch der politische Kern dieser völlig bizarren Debatte um die angeblich chronisch unterfinanzierte Bundeswehr.

Die neue Bundesregierung kündigt an, Rüstungsexportrichtlinien zu verschärfen. Mit welchen Strategien werden Rüstungskonzerne sie weiterhin umgehen können?

Da sind zum einen Lizenzvergaben im Ausland, mit denen Firmen dort deutsche Rüstungsgüter selbst herstellen können. Zweitens wäre da die direkte Gründung von Firmenniederlassungen durch deutsche Rüstungskonzerne. Der dritte und potentiell bedeutendste Punkt sind deutsch-französische Rüstungsprojekte. Da hat man ja im Juli 2017 eine ganze Reihe von gemeinsa-

men Projekten, darunter die Anschaffung von Kampfpanzern, Kampfflugzeugen, Drohnen, beschlossen. Dabei scheint man sich auf eine uralte Vereinbarung zu beziehen, die die damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt und Michel Debré im Jahr 1972 getroffen hatten. Darin heißt es, dass keine der beiden Regierungen die andere daran hindern wird, Rüstungsgüter aus gemeinsamer Entwicklung oder Fertigung zu exportieren. Und französische Richtlinien sind noch viel laxer als deutsche. Die neue Panzergeneration aus deutsch-französischer Entwicklung wird genau mit Hilfe dieses alten Abkommens in alle Welt exportiert werden können.

Welche Notwendigkeit besteht eigentlich für Rüstungsexporte?

Die deutsche Rüstungsindustrie kann allein von heimischen Aufträgen überhaupt nicht überleben. Wenn man also eine eigenständige Rüstungsindustrie möchte, dann ist man auf Exporte an-

gewiesen. Das ist eine politische Notwendigkeit, die nur bedingt etwas mit Profitinteressen einzelner Rüstungsunternehmen zu tun hat. Formal mag es Lippenbekenntnisse zu strengen Rüstungsexportrichtlinien geben. Faktisch aber muss man alle möglichen Schlupflöcher schaffen, damit diese Beschränkungen in der Praxis löchrig wie ein Fischernetz sind.

Union und SPD planen, die Entwicklungshilfegelder im selben Maße wie den Wehretat zu erhöhen. Wie bewerten Sie das?

Hier werden weitere Rüstungsausgaben teilweise versteckt, und zwar auch jetzt schon. Offizielle Verpflichtung aus den 70er Jahren ist es, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben. Da man heute schon alles Mögliche dort reinpackt, was dort nicht hineingehört, ist man davon gar nicht so weit weg. Damit geht eine Einbindung entwicklungs-politischer Instrumente in die militä-

rische Logik einher. So werden sie zum integralen Bestandteil eines, wie es nenne, machtpolitisch-imperialistischen Gesamtpaketes.

Was genau wird unter Entwicklungshilfe abgebucht?

Unter Entwicklungshilfe wird zunehmend der gesamte Bereich der sogenannten Ertüchtigung gefasst. Das heißt Ausbildung und Aufrüstung von mit Berlin befreundeten Akteuren, wo Maßnahmen teilweise aus dem Etat für Entwicklungshilfe gezahlt werden. Wir haben in Afghanistan eine ganz starke Tendenz gehabt, zum Beispiel Hilfsgüter nur als Belohnung für Kooperation mit der westlichen Besatzungsmacht zu verteilen. Das ist eine militärstrategische Instrumentalisierung von Hilfe, die dann auch die zivilen Kräfte vor Ort diskreditiert und zu Zielen der Aufständischen gemacht hat.

Interview: Marc Bebenroth

■ Infos: imi-online.de